

Der Mobilfunkanbieter **Telefónica** hat angekündigt, im Sommer 2016 ein komplett **mobiles Bankkonto per Smartphone** anzubieten. Zum Leistungsumfang gehört neben den Funktionen Kontoeröffnung, Dauerauftrag, Kontostandsabfrage und Überweisung die Überprüfung von Kreditkartenzahlungen. Eine kostenlose Mastercard ist enthalten. Kunden, die die neue Lösung als Gehaltskonto nutzen oder regelmäßig per Kreditkarte bezahlen, sollen statt einer Verzinsung mit zusätzlichem Datenvolumen belohnt werden. Besonders betont wird die Möglichkeit der schnellen Kontoeröffnung mit einer Legitimierung per Videotelefonie auf dem Smartphone. Zur Überweisung von Geld soll die Mobilnummer des Empfängers im persönlichen Adressbuch reichen. Umgesetzt wird das Konzept in **Kooperation** mit der Münchener **Fidor Bank AG**.

Die Privatbank **Hauck & Aufhäuser** erwirbt eine hundertprozentige Beteiligung an **Easyfolio**, einem Anbieter von Vermögensanlagen im Internet, von der F.A.Z. Gruppe. Durch diese Akquisition will die Bank Erfahrung im Investmentmanagement mit dem digitalen Vertriebskanal von Easyfolio verbinden und ihre Expertise in den schnell wachsenden Markt für digitale Vermögensanlagen einbringen. Der Robo-Advisor, ein Anbieter standardisierter Online-Vermögensverwaltung, bietet globale Anlagestrategien auf ETF-Basis, die eine Angebotspalette im Aktien- und Anleihemarkt abdecken.

Die Vorstände der **Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB)** und der **Raiffeisen Bank International AG (RBI)** haben beschlossen, eine **Fusion** von RZB und RBI zu prüfen. Zielsetzung einer Zusammenführung sind die Vereinfachung der Konzernstruktur und die Anpassung der Gruppe an die erhöhten regulatorischen Anforderungen. Es liegen noch keine Organbeschlüsse zur Umsetzung vor. Die Prüfung soll innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen sein, um etwaige Umsetzungsbeschlüsse noch 2016 fassen zu können.

Die Verwaltung der schweizerischen **Stadt Zug** akzeptiert die **Digitalwährung Bitcoin**. Ab dem 1. Juli 2016 werden Bitcoins im Rahmen eines Pilotprojekts für Leistungen des Einwohneramtes bis zu 200 Schweizer Franken (180 Euro) als Zahlungsmittel angenommen.

Die **EZB-Bankenaufsicht** will es Banken weiter gestatten, ihr nach **nationalen Bi-**

5. Mai 2016 bis 20. Mai 2016

lanzierungsregeln erstellte Daten zu liefern. Von der Option, gemäß Artikel 24 der EU-Kapitalrichtlinie IFRS-Angaben einzufordern, wird der bei der EZB angesiedelte Single Supervisory Mechanism (SSM) keinen Gebrauch machen. Dies geht aus einem am 18. Mai zur Konsultation gestellten Entwurf zur Ergänzung der Aufsichtsleitlinien hinsichtlich nationaler Optionen und Wahlrechte hervor. Damit wirkt Europas Bankenaufsicht Befürchtungen von Banken entgegen, sie würden sukzessive auf eine Bilanzierung nach IFRS verpflichtet.

Die **Europäische Zentralbank** will in diesem Jahr vier Banken genau unter die Lupe nehmen. Die betroffenen Institute könnten künftig zu jenen Banken zählen, welche die EZB direkt beaufsichtigt, teilte die Notenbank am 17. Mai mit. Zu der Prüfung der slowenischen **Abanka**, der **Rietumu Banka** aus Lettland, der italienischen **Banca Mediolanum** und der in Irland ansässigen **Citibank Europe** gehörten ein Stresstest und ein Bilanzcheck. Ergebnisse sollen im November veröffentlicht werden. Laut EZB steht die Untersuchung der vier Banken nicht im Zusammenhang mit der europaweiten Überprüfung von Finanzinstituten in diesem Jahr, die von der EU-Bankenregulierungsbehörde EBA gesteuert wird.

Der **Bundesrat** hat in Berlin das **Erste Finanzmarktnovellierungsgesetz gebilligt**. Es sieht eine deutliche Erhöhung von Strafen für Marktmanipulationen und Insiderhandel vor. Leichtfertige Verstöße von Einzelpersonen werden mit Geldbußen bis zu fünf Millionen Euro geahndet. Bisher lag der maximale Betrag bei einer Million Euro. Besonders schwere Fälle vorsätzlicher Marktmanipulationen gelten künftig als Verbrechen und werden mit Freiheitsstrafen zwischen einem und zehn Jahren bestraft. Sind die Verstöße einem Unternehmen zuzurechnen, knüpft das drohende Bußgeld an den Konzernumsatz des Geschäftsjahres an.

Deutsche Banken können nach einer Grundsatzvereinbarung über die Schulden der österreichischen **Krisenbank Heta** mit Sondergewinnen rechnen. Anfang 2015

waren die Kreditinstitute von den Bankenaufsichtern der EZB zu Abschreibungen von 50 Prozent auf ihre Heta-Kredite gezwungen worden. Die Gläubiger der früheren Kärntner Bank Hypo Alpe Adria – größtenteils deutsche Banken und Versicherungen – können laut eines Sprechers der Deutschen Pfandbriefbank nun auf die Rückzahlung von rund 90 Prozent ihrer Forderungen hoffen. Einzelne Institute wollen dem Abkommen allerdings nicht zustimmen und hoffen weiter auf eine höhere Rückzahlungsquote. Dank der Einigung mit wichtigen Heta-Gläubigern auf die Grundsätze eines Vergleichs wird die Wahrscheinlichkeit einer möglichen Insolvenz des im Zuge der Abwicklung der Krisenbank ins Schlingern geratenen Bundeslandes Kärnten als geringer eingestuft.

Die **Staatsanwaltschaft Frankfurt** hat **fünf ehemalige Mitarbeiter der Deutschen Bank** in der Affäre um die **Manipulation von Referenzzinssätzen** wie dem Libor entlastet. Ihnen konnte weder Untreue noch ein Verstoß gegen das Wertpapierhandelsgesetz nachgewiesen werden. Zudem sei die Manipulation von Referenzzinssätzen allein nach der Anfang des Jahrtausends geltenden Gesetzeslage grundsätzlich nicht strafbar gewesen. Die Aufsichtsbehörden in Großbritannien und den USA hatten die Deutsche Bank 2015 wegen des Zinsskandals zu einer Strafe von 2,5 Milliarden Dollar verurteilt. Nach ihren Erkenntnissen hatten sich Händler mehrerer Banken bei Referenzzinsen abgesprochen, um Gewinne einzustreichen. Die britische Finanzaufsicht FCA hatte im Fall Deutsche Bank zudem moniert, das Institut sei bei der Aufklärung der Affäre unkooperativ gewesen.

Der japanische E-Commerce-Dienstleister **Rakuten** steigt als neuer strategischer Investor beim digitalen Geldtransfer-Anbieter **Azimo** ein. Azimo erhält in der von Rakuten geführten Finanzierungsrunde insgesamt 15 Millionen US-Dollar. Neben Rakuten waren die bisherigen Investoren eVentures, Frog Capital, Greycroft, Accion und MCI ebenfalls an der Finanzierungsrunde beteiligt. Mit dem Geld plant Azimo seine Position in Europa zu stärken und den asiatischen Markt auszubauen. Dieser bietet Azimo zufolge großes Potenzial. So werden jährlich mehr als 250 Milliarden US-Dollar von den 60 Millionen im Ausland lebenden asiatischen Migranten als Rücküberweisung in die Heimatländer transferiert.